Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/460

09. 02. 95

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der weiteren Abgeordneten der PDS

Die Forderung der russischen Regierung, den Probst Kurt Beyer aus Kaliningrad abzuberufen

In der Ausgabe vom 3. Februar 1995 berichtet die neurechte Zeitung „Junge Freiheit" darüber, daß das Auswärtige Amt und die Evangelische Kirche in Deutschland die Forderung des russischen Außenministeriums zurückgewiesen haben, Probst Kurt Beyer aus Königsberg abzuberufen. Die „Junge Freiheit" schreibt: „Beyer wird vorgeworfen, er betreibe deutsche nationale Stimmungsmache und verwende humanitäre Hilfe aus Deutschland einseitig unter nationalen Gesichtspunkten. Außerdem werbe er Rußlanddeutsche aus Kasachstan zur Ansiedlung im nördlichen Ostpreußen an und betreibe Hetze gegen die russisch-orthodoxe Kirche. Aus Bonn und Hannover hieß es dazu, die Vorwürfe gegen Beyer seien völlig unbegründet."

Offenbar dürfte ein Streitpunkt in dieser Auseinandersetzung sein, daß es während des Gottesdienstes anläßlich des 450jährigen Bestehens der Universität Königsberg zu einem Eklat kam. Laut „Junge Freiheit" behauptet der Vorsitzende der Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen, Wilhelm von der Trenk, eine Delegation der russisch-orthodoxen Kirche sei „gezielt zu spät" zum Gottesdienst gekommen. Der Probst Kurt Beyer habe daraufhin die bereits begonnene Liturgie unterbrochen, um dem orthodoxen Bischof ein Grußwort zu ermöglichen. Dieser habe dann zehn Minuten gesprochen, um danach „mit viel Getöse" den Gottesdienst zu verlassen (Junge Freiheit, 28. Oktober 1994). Offenbar hat die Gemeinschaft Evangelischer Deutscher diese Informationen gezielt auch an die Vertriebenenpresse und neurechte Presse weitergeleitet.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß die russische Regierung bzw. das russische Außenministerium sich an die Bundesregierung gewandt und die Abberufung von Probst Kurt Beyer gefordert hat, und wenn ja, wann und mit welcher Begründung?
2. Wie hat die Bundesregierung die von der russischen Regierung erhobenen Vorwürfe geprüft?

Trifft es zu, daß die Vorwürfe gegen Kurt Beyer als völlig unbegründet bezeichnet wurden?

3. Ist der Bundesregierung der Artikel zu den Vorfällen anläßlich des Gottesdienstes zum 450jährigen Bestehen der Universität Königsberg bekannt, und wenn ja, kann die Bundesregierung hier auch erkennen, daß gegen die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche Ressentiments geschürt und eine nationale Stimmungsmache betrieben wurde?

4. Wodurch kann die Bundesregierung ausschließen, daß die Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen und der Probst Beyer Rußlanddeutsche zur Ansiedlung in Nordostpreußen aufgefordert habe?

5. Wann hat die Bundesregierung wie auf die Forderung der russischen Regierung geantwortet?

Bonn, den 6. Februar 1995

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi für die weiteren Abgeordneten der PDS

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333